

Bürgerinitiative "Gemeinsam für St. Egyden"

Am 6. September 2021 fand am Dorfplatz St. Egyden eine Versammlung der Bürgerinitiative "Gemeinsam für St. Egyden" statt um die Bewohner von St. Egyden über die Aktivierung des Flüchtlingsheimes Lorenzihof zu informieren.

Vom Innenministerium ist geplant, dass im Lorenzihof, der seit 2016 vom Bundesheer zur Unterbringung von Soldaten, die die Grenzsicherung und -kontrolle durchführen, genutzt wird, nunmehr insgesamt 80 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht werden.

An der Versammlung nahmen etwa 200 Personen teil. Die Sorge der Bevölkerung ist sehr groß, weil bereits im Jahr 2015 im St. Eydenerhof hilfs- und schutzbedürftige Fremde untergebracht waren und dort die ursprünglich vereinbarten Maßnahmen, - insbesondere die Betreuung der Flüchtlinge durch den Betreiber, Höchstzahl von 64 Fremden, etc. – in keinster Weise eingehalten wurden. Die Betreuung wurde von engagierten Personen aus der Bevölkerung übernommen, die Höchstzahl wurde ohne Ankündigung überschritten, sodass teilweise bis zu 100 Fremde im Haus untergebracht waren. Der, nach Beendigung der Verwendung als Asylheim, versprochene Umbau des Hauses und die Errichtung von Wohnungen sind bis heute nicht einmal ansatzweise erfüllt und steht mit diesem ehemaligen Flüchtlingsheim ein Schandfleck mitten im Ort.

Für die Bevölkerung ist es unverständlich, dass in einem Ort mit 350 Einwohnern, in dem es so gut wie keine Infrastruktur gibt, insgesamt 80 Fremde untergebracht werden. Im Ortsteil Roach, in dem sich das Asylheim befindet, gibt es insgesamt 113 Einwohner und bedeutet das eine Quote von über 70 %. Wer wird die Fremden betreuen? Wird die Zahl an 80 Fremden eingehalten oder wird die Zahl stillschweigend erhöht? Das Bundesheer muss ausziehen und sich eine Unterkunft suchen, weil die Kasernen in Kärnten nicht die erforderliche Kapazität zur Unterbringung der Soldaten aus den anderen Bundesländern, die diese besonderen Aufgaben durchführen, aufweisen. Es stellt sich die Frage, ob nicht andere Orte – es gibt ungenutzte Bundesquartiere in Kärnten und in anderen Bundesländern, für die Unterbringung besser

geeignet wären. Es wird vom Innenministerium reihenweise Geld "verbraten" – Containerankauf und Errichtung eines Containerdorfes in Althofen, Abbau dieses Containerdorfes und Entsorgung der Container (geplant!) und dann doch Verbringung der Container auf den Truppenübungsplatz nach Marwiesen, wo letztendlich keine Flüchtlinge untergebracht werden können.

Abschiebezentrum Vordernberg, wenig Fremde und immense Kosten für die Bewachung. Es gibt genügend weitere Beispiele.

Wir "St. Egidener" lehnen die Unterbringung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden nicht ab und sind bereit unsere humanitären Aufgaben zu erfüllen, wie wir es schon in den Jahren 2015 bis 2018 getan haben! Obwohl unsere Quote und die des Bundeslandes Kärnten im Vergleich zu den anderen Bundesländern bereits bestens erfüllt ist, wird hier "Kleinparteiliches Hick-Hack" auf dem Rücken der Kärntner Bevölkerung ausgetragen und werden offensichtlich aus parteipolitischen Gründen jene Bundesländer mit der Zuteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden bevorzugt, in welchen nicht gerade Wahlen stattfinden und welche "rot" regiert sind, anstatt das Problem im Großen (europäisch) zu behandeln.

Es muss aber eine geplante Unterbringung mit Augenmaß und entsprechend reduzierter Anzahl und effizienter Betreuung von Flüchtlingen geschehen.

Bitte unterstützen Sie uns bei unserem Anliegen!